

Die Transparenz bei der Datenverarbeitung ist für die Stadt Warendorf von besonderer Bedeutung. Hiermit kommen wir Ihrem Informationsanspruch nach und teilen Ihnen folgendes mit:

<p>1. Bezeichnung der Datenverarbeitung</p>	<p>Erlaubnisse nach der Straßenverkehrs-Ordnung (StVO)</p>
<p>2. Verantwortliche/r für die Verarbeitung</p>	<p>Stadt Warendorf Der Bürgermeister Sachgebiet Sicherheit und Ordnung TeamStraßenverkehr Lange Kesselstraße 4-6 48231 Warendorf Tel. 02581-541325 E-Mail teamstrassenverkehr@warendorf.de</p>
<p>3. Datenschutzbeauftragte/r</p>	<p>Stadt Warendorf Behördlicher Datenschutzbeauftragter Lange Kesselstraße 4-6 48231 Warendorf 02581 / 54-1101/02581/541512 datenschutz@warendorf.de</p>
<p>4. Zwecke der Datenverarbeitung</p>	<p>Auf Antrag können Ausnahmegenehmigungen von den Vorschriften der StVO erteilt werden. Diese bedarf der Erlaubnis.</p> <p>Die erhobenen personenbezogenen Daten sind erforderlich zur Erteilung einer beantragten Erlaubnis / Ausnahmegenehmigung von den Vorschriften der StVO (z.B. Baumaßnahmen, Containeraufstellung, Erteilung von Parkerlaubnissen)</p>
<p>5. Rechtsgrundlage</p>	<p>Art. 6 Abs. 1 Buchstabe e DSGVO (Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt) i. V. m. § 3 Abs. 1 Datenschutzgesetz NRW, StVO, Straßenverkehrsgesetz, Ferienreiseverordnung, Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen, Richtlinien für die Durchführung von Großraum- und Schwervertransporten, Ordnungswidrigkeitengesetz, Gebührenordnung für Maßnahmen im Straßenverkehr, Bundesfernstraßengesetz</p> <p>Bei Kontaktanfragen, anderen Anliegen und freiwilligen Angaben erfolgt die Verarbeitung der personenbezogenen Daten auf Grund Ihrer Einwilligung nach Art. 6 abs. 1a) DSGVO.</p>
<p>6. Empfänger / Kategorien von Empfängern der Daten</p>	<p>Die Verarbeitung der Daten erfolgt ausschließlich durch die Stadtverwaltung der Stadt Warendorf, sofern Gebühren anfallen auch in der Stadtkasse, im Rahmen des Anhörungsverfahrens ggf. der städtische Bauhof, Tiefbauamt, Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst (DRK), andere Straßenverkehrsbehörden und Straßenbaulastträger (ggfl. andere aus den Verteiler Feuerwehr und ÖPNV).</p>

7. Dauer der Speicherung	Die erhobenen personenbezogenen Daten werden bis zum Ablauf der gesetzlichen Aufbewahrungspflicht für die Dauer von max. 10 Jahren gespeichert und danach gelöscht, es sei denn, dass nach spezialgesetzlichen Vorschriften eine längere Speicherung verpflichtet ist oder Sie in eine darüber hinaus gehende Speicherung nach Artikel 6 Absatz 1 Satz 1 a) DSGVO eingewilligt haben.
8. Rechte der betroffenen Person Nach der DSGVO haben Sie als betroffene Person insbesondere das Recht auf: -Sie haben das Recht, Ihre einmal erteilte Einwilligung jederzeit schriftlich (auch per E-Mail) gegenüber der o. g. verantwortlichen Stelle (s. Ziffer 1) zu widerrufen Dies hat zur Folge, dass wir die Datenverarbeitung, die auf dieser Einwilligung beruhte, für die Zukunft nicht mehr fortführen dürfen. Die Rechtmäßigkeit der Verarbeitung Ihrer Daten bis zu Ihrem Widerruf wird davon nicht berührt. -Auskunftsrecht über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung nach Maßgabe des Art. 15 DSGVO. -Recht auf Datenberichtigung, sofern Ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten, nach Maßgabe des Art. 16 DSGVO. -Recht auf Löschung der zu Ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Art. 17 DSGVO zutrifft. Das Recht zur Löschung besteht ergänzend zu den in Art. 17 Abs. 3 DSGVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO. -Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung nach Maßgabe des Art. 18 DSGVO. -Im Zusammenhang mit der Vorgangsbearbeitung besteht kein Recht auf Datenübertragbarkeit nach Art. 20 DSGVO, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt. -Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen nach Maßgabe des Art. 21 DSGVO. Diese Rechte können nach Art. 23 DSGVO beschränkt werden. Bundes- und Landesgesetzgeber haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, die Rechte der betroffenen Person zu beschränken. Sollten Sie von den oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Warendorf, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde: Wenn Sie der Ansicht sind, dass Ihre personenbezogenen Daten nicht rechtmäßig verarbeitet werden, können Sie sich mit einer Beschwerde an die zuständige Aufsichtsbehörde für die Stadt Warendorf wenden: Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit des Landes Nordrhein-Westfalen, Postfach 20 04 44, 40102 Düsseldorf (Hausanschrift: Kavalleriestr. 2-4, 40213 Düsseldorf), Tel. 0211/38424-0, Fax 0211/38424-10, E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de	